



Ratsfraktion *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*, Rathaus, 38100 Braunschweig



**Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig  
Rathaus  
38100 Braunschweig**

E-Mail: [gruene.ratsfraktion@braunschweig.de](mailto:gruene.ratsfraktion@braunschweig.de)  
Internet: [www.gruene-braunschweig.de](http://www.gruene-braunschweig.de)

Geschäftsstelle

Rathaus Zimmer A 1.61

Fraktionsgeschäftsführer Volker Schmidt

Telefon: 0531/470-3582

Telefax: 0531/470-2983

Konto Nr.: 36 20 11 - 303

Postbank Hannover, BLZ 250 100 30

Herrn Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann

- im Hause -

---

10.11.05

Betr.: Beratungen über die Privatisierung der Stadtentwässerung

Sehr geehrter Herr Dr. Hoffmann,

ich bitte Sie hiermit nachdrücklich um die Vertagung der Beratung und der Beschlussfassung über die Privatisierung der Stadtentwässerung um mindestens vier Wochen.

Nach unserem ersten Eindruck von der Transaktion, die wir am Montag mit den Beratern von KPMG und Beiten.Burkhardt im Rahmen lediglich einer Stunde nur ansatzweise besprechen konnten, gibt es gegen diese Vergabe sehr ernsthafte Bedenken. Diese richten sich - wie Sie wissen - zum einen auf diese Privatisierung überhaupt, darüber hinaus jedoch auch gegen etliche bisher für uns nicht geklärte Details in der Umsetzung dieser Aufgabe durch Veolia.

Es mag sein, dass diese Details sich in den von Ihnen am Montagabend vorgelegten Verträgen und in dem Angebot von Veolia finden lassen, Sie werden jedoch verstehen, wenn wir als ehrenamtlich arbeitende Ratsmitglieder aufgrund der sehr differenzierten Regelungen schlicht weitaus mehr Zeit zur Prüfung brauchen, als Sie uns bisher zugestehen wollen, zumal die Darstellung der Verträge relativ unübersichtlich ist.

Natürlich ist die grundsätzliche Absicht lange genug bekannt und auch die Transaktionsstruktur im Wesentlichen am Dienstag vergangener Woche bekannt gegeben worden. Es fehlen jedoch nach wie vor wesentliche Daten, die Sie uns offensichtlich nicht ungehindert zugänglich machen wollten. Wir haben am Montag sowohl von Herrn Zierz wie auch von Herrn Kromrei gehört, dass die Eingangsdaten für die Vergleichsrechnung über die Gebührentwicklung mit und ohne Privatisierung, der ja eine zentrale Bedeutung zukommt, lediglich aufgrund des großen Umfangs nicht mitgeliefert worden seien. Es wäre jedoch kein Problem, diese Unterlagen in der Kämmerei einzusehen. Aufgrund dieser Aussagen hat unser Fraktionsgeschäftsführer, Herr Schmidt, am Dienstag in der Kämmerei angekündigt, dass ich von diesem Angebot gerne am Mittwoch ab ca. 11 Uhr Gebrauch machen wollte. Von der Kämmerei wurden zunächst keine Bedenken geäußert, jedoch eine Information zugesagt, falls die Einsichtnahme nicht möglich sei. Diese Information erhielten wir am Mittwochvormittag von Herrn Niehoff. Anscheinend waren Sie nicht bereit, mir die Einsichtnahme in diese Unterlagen ohne formellen Antrag auf Akteneinsicht zu ermöglichen. Dies er-

staunt mich natürlich insbesondere, nachdem Sie gerade erst in der letzten Ratssitzung Ihren unbürokratischen Umgang mit ECE so herausgestellt haben. Nach herrschender Rechtslage ist es Ihnen unbenommen, den Ratsmitgliedern (und zwar allen gleichermaßen) die Einsichtnahme in Unterlagen in der Kämmerei zu erlauben, unabhängig davon, ob ein Antrag auf Akteneinsicht gestellt wird oder nicht.

Ihr am Mittwochabend um 17.31 Uhr bei unserer Fraktionsgeschäftsstelle eingegangenes Angebot, die Akteneinsicht ab heute 11.00 Uhr durchführen zu können, kann ich wegen beruflicher Verpflichtungen sowie der heute stattfindenden Sitzung des Sozialausschusses nicht wahrnehmen. Ich werde jedoch zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Einsichtnahme durchführen.

Sie haben mit Ihrem Vorgehen bedauerlicherweise selbst dazu beigetragen, dass die Information - zumindest meine - nicht in der kürzestmöglichen Zeitfolge stattfinden kann.

Der von Ihnen vorgelegte Vertrag kommt nach meinem vorläufigen Eindruck von der Bedeutung her dem gerade mühsam aufgelösten BKB-Vertrag sehr nahe. Auch hier soll eine Leistung für 30 Jahre vergeben werden, die über Gebühren finanziert wird. Eine Leistung, die entscheidender noch als bei der Abfallwirtschaft mit unseren grundlegenden Lebensvoraussetzungen, nämlich der Reinhaltung des Wassers, verknüpft ist. Auch hier gibt es offensichtlich selbst beim Bieter und bei der Verwaltung Zweifel, ob die Leistungsentgelte so wie sie vereinbart werden sollen, überhaupt gebührenfähig sind. Auch beim BKB-Vertrag wurde durch zeitlichen Druck die Prüfung der Bedenken nur sehr mangelhaft durchgeführt und letztendlich ein spezieller Anbieter ausgewählt.

In der Summe geht es hier um weitaus größere Beträge als 238 Mio €, nämlich um über 1,5 Milliarden €, über die hier Verträge geschlossen werden sollen. Es darf nicht sein, dass über ein so bedeutendes Vertragswerk nicht in Ruhe beraten werden kann.

Die enge Verknüpfung sowohl der Stadt wie auch von Ihnen persönlich über Ihren Aufsichtsratsvorsitz bei der Braunschweiger Versorgungs AG und den Konsortialausschuss mit der Firma Veolia ist für uns ein weiterer Anlass, besonders genau auf die Ausgestaltung der Verträge zu schauen. Es kann der Sache nur dienlich sein, deshalb die Beratungen der Fraktionen nicht unnötigerweise zu beschränken.

Ich bitte Sie, unserem Beratungsbedarf nachzukommen und die Beschlussfassung über die Privatisierung der Stadtentwässerung erst in der Ratssitzung am 20.12.05 vorzulegen.

Die anderen Ratsfraktionen sowie Herr Sommerfeld erhalten eine Kopie dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gisela Witte  
(Fraktionsvorsitzende)